

Politische Reaktionen auf den Amoklauf in Erfurt

Bereits am Tage des Amoklaufs wurden die Waffengesetze verschärft. Doch der Kanzler Schröder forderte eine nochmalige genaue Untersuchung des Falles. Es sollen besonders die Gewaltdarstellungen in den elektronischen Medien nochmals untersucht werden.

Dass die Waffenbestimmungen nochmals verschärft werden müssen, da sind die beiden großen Parteien sich einig. Doch in der Ausführung sind sie sich nicht einig.

Innenminister Schily forderte das Verbot der Abgabe von großkalibrigen Waffen, eine Schärfere Kontrolle der Aufbewahrungsbedingungen und ein Herabsetzen der Altersgrenze zum Erwerb von Schusswaffen von bisher 18 auf 21 Jahre. Die CDU/CSU Fraktion forderte sogar 25 Jahre.

Streik der IG – Metall

Am 1. Mai setzte der Kanzler noch auf die Vernunft der streikenden Parteien, doch nachdem vor einigen Tagen sich die IG-Metall die Urabstimmung durchgeführt hatte und diese mit einer Zustimmung von 90% für den Streik ausgefallen ist haben die Streiks am Montag begonnen. Hierbei handelt es sich aber nicht um einen normalen Flächenstreik, sondern um einen Flexi-Streik. Bei dieser Art von Streik werden die Betriebe nicht für mehrere Wochen bestreikt, sondern es gibt jeweils nur unangekündigte Tagesstreike. Diese Streiks sollen den etwa 80 betroffenen Betrieben nur geringe Gewinneinbuße beibringen. Außerdem werden größere Automobilekonzerne von diesem Streik ausgenommen, da diese Betriebe Just-in-Time arbeiten und somit ein unangekündigter Streik die komplette Arbeit Lahmlegen würde. In diesem Falle wären die Betriebe nicht mehr verpflichtet Löhne zu zahlen, was selbstverständlich nicht im Sinne der Streikenden ist.